

Die Länder haben die Verantwortung
von Michael Heise

Nach den Grundsatzentscheidungen des Europäischen Rates sollen die Fundamente für nachhaltiges Wachstum in der EU und einen krisenfesten Euro verbessert werden. Es geht nicht allein um die Sicherung solider Staatsfinanzen, sondern auch um die Beseitigung von makroökonomischen Ungleichgewichten, die sich insbesondere in der Peripherie über Jahre hin aufgebaut hatten. Hohe Kostensteigerungen und ein Übermaß an kreditfinanzierter Nachfrage haben in einigen Ländern die Wettbewerbsfähigkeit erodieren und hohe Leistungsbilanzdefizite entstehen lassen. Es ist richtig, diesen Entwicklungen mehr Beachtung zu schenken und ihnen frühzeitig entgegenzuwirken. Ein Verfahren dafür zu finden, ist allerdings alles andere als einfach. Es muss nicht nur die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beachten, sondern auch für alle Länder politisch akzeptabel sein.

Bei der Debatte – übrigens auch auf G20 Ebene - geht es zur Zeit vor allem um Außenhandelssalden. Dieser Fokus ist viel zu eng, da er die treibenden Kräfte der Leistungsbilanz ausblendet. Überschüsse können auf Produktivitätssteigerungen und einen wettbewerbsfähigen Unternehmenssektor zurückgehen. Sie

sind zudem eine Form der Ersparnisbildung, die absehbare demografische Belastungen – wie in Deutschland oder Japan - abfedern kann. Allerdings hat auch eine schwache Inlands- und Importnachfrage zum Handelsüberschuss beigetragen. Das ändert sich jedoch in Deutschland allmählich. Die Nettolöhne und -gehälter steigen wieder deutlich, es wird mehr konsumiert und der Import lag zuletzt um 18% über dem Vorjahresniveau. Eine generelle Bestrafung von Überschüssen, wie sie der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner vorgeschlagen hat, ist ökonomisch abwegig. Auch Handelsdefizite müssen nicht immer eine Fehlentwicklung darstellen, die auf ausschweifendes Lohnwachstum oder unhaltbare öffentliche und private Schuldenberge zurückgeht. Aufholende Länder beispielsweise können durchaus „gesunde“ Leistungsbilanzdefizite aufweisen, weil ihnen Kapital für langfristige rentable Investitionen zufließt und den wirtschaftlichen Konvergenzprozess unterstützt.

Finanzierungssalden oder Handelsgleichgewichte allein beschreiben keinen ausgewogenen, tragfähigen Wachstumspfad. Dazu gehören ferner

eine produktive, wettbewerbsfähige Wirtschaft, ein gesunder Arbeitsmarkt sowie eine tragfähige Privat- und Auslandsverschuldung. Nicht nur die Mitgliedsstaaten an der geographischen Peripherie des Euroraums müssen in diesen Bereichen versäumte Hausaufgaben nachholen.

Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist im Hinblick auf präventive, möglichst entpolitisierte und automatische Sanktionen nur ein kleines Stück vorangekommen. Wenn es jedoch

im Rahmen der jetzt beginnenden Arbeiten gelingt, ein Konzept für die Überwachung und Vorbeugung von makroökonomischen Ungleichgewichten zu verabschieden, wäre ein relativ großer Schritt getan. Klare Spielregeln schaffen einen Anreiz für eine vernünftige Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern. Am Ende liegt die Verantwortung aber bei den Ländern selbst. An ihnen liegt es, die Währungsunion wieder auf ein stabileres Fundament zu stellen und damit die Glaubwürdigkeit des Euro in der langen Frist zu untermauern.